

## **Allgemeine Geschäftsbedingungen für die Online-Version des Bundesgesetzblattes Teil I im Abonnement**

1. Mit der Bestellung erkennt der Kunde an, dass er von den Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bundesanzeiger Verlages Kenntnis genommen hat und dass durch die Annahme seiner Bestellung durch den Verlag dessen Allgemeine Geschäftsbedingungen Grundlage des Online-Abonnements des Bundesgesetzblattes werden. Hinweise auf eigene Allgemeine Geschäftsbedingungen des Kunden wird seitens des Verlages ausdrücklich widersprochen.
2. Die elektronische Version des Bundesgesetzblattes genießt generell Datenbankschutz nach §§ 87a ff UrhG. Dies bezieht sich auch auf die einzelne Ausgabe des Bundesgesetzblattes, die deshalb nicht ohne Zustimmung des Verlages außerhalb der gesetzlichen Vorschriften genutzt werden darf. Eine unveränderte Weiterverwendung entnommener pdf-Dateien im Original, die über den privaten Gebrauch hinausgeht, ist daher nicht statthaft.
3. Das Online-Abonnement des Bundesgesetzblattes umfasst den Zugriff mittels eines vom Verlag vergebenen Passwortes auf die pdf-Dateien mit der Möglichkeit des Ausdrucks und der Textentnahme und – beginnend mit dem Jahr des Abonnementsbeginns – den Fundstellennachweis A auf CD-ROM. Das verwendete Datei-Format ist pdf. Zur Anzeige der pdf-Dateien wird das kostenlose Programm Adobe Reader benötigt.
4. Das vertraglich eingeräumte Nutzungsrecht gegen Zahlung der vom Verlag festgelegten Abonnementsgebühr berechtigt grundsätzlich nur zur Datenbanknutzung von einem Arbeitsplatzrechner und nicht zur Einstellung in ein weiteres Netz (Intranet). Die Beschränkung auf Einzelplatznutzung gilt auch für die im Rahmen des Abonnements gelieferten CD-ROMs. Mehrplatzlizenzen können auf Anfrage gewährt werden.
5. Der Kunde ist verpflichtet, die Zugangskennung (Passwort) geheim zu halten. Eine schuldhafte Verletzung dieser Pflicht oder die Weitergabe der Zugangskennung an Dritte ohne Zustimmung des Verlages verpflichtet zum Schadenersatz. Darüber hinaus berechtigt das eingeräumte Nutzungsrecht nur zur Nutzung für eigene Zwecke. Bei Nichtbeachtung dieser Beschränkungen ist der Verlag zur fristlosen Kündigung des Vertrages und Sperrung des Online-Zugangs befugt.
6. Das Online-Abonnement des Bundesgesetzblattes kann nur zum 30. Juni und zum 31. Dezember eines Jahres gekündigt werden. Kündigungen müssen bis zum 15. des Vormonates beim Verlag eingegangen sein. Jede Kündigung hat schriftlich zu erfolgen. Ohne rechtzeitig eingehende Kündigung verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Halbjahr. Der Bezugspreis wird für die Dauer des kompletten Kalenderhalbjahres und im voraus berechnet. Alle Rechnungen sind nach Zugang der Rechnung ohne Skonto oder sonstige Abzüge sofort zahlbar. Gemäß § 286 Abs. 3 BGB tritt spätestens bei Nichtleistung innerhalb von 30 Tagen nach Zugang der Rechnung Verzug ein. Bei allen Zahlungen bitten wir unbedingt die Rechnungs-Nummer anzugeben. Zahlungen werden auf das Konto bei der Postbank Köln 3 99-509 (BLZ 370 100 50) erbeten. Der Bundesanzeiger Verlag ist berechtigt, im Falle eines Zahlungsverzuges den Online-Zugang zu sperren.
7. Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten ist Köln, wenn der Kunde Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.
8. Auf das Vertragsverhältnis der Parteien findet ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung.
9. Nebenabreden und Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform. Auf eine Einhaltung dieser Formvorschrift kann von keinem der Vertragsschließenden verzichtet werden.
10. Alle in diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthaltenen Bestimmungen sind teilbar und getrennt von den übrigen Bestimmungen zu beurteilen, sofern eine oder mehrere Bestimmungen unwirksam sind. Sollte eine der vorstehenden Bestimmungen unwirksam oder nicht Vertragsbestandteil geworden sein, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt.

.....